

Ergebnisprotokoll

VI. Fachgespräch Politische Bildung und Grundbildung NRW „Mehr Teilhabegerechtigkeit durch politische Grundbildung“

Das Alphanetz NRW, in Trägerschaft des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW, und Arbeit und Leben NRW bieten im Rahmen der Fachgesprächsreihe den geladenen Akteuren eine Plattform für Vernetzung und koordinierten Austausch zu den Themenfeldern „Politische Grundbildung“ und „Arbeitsorientierte Grundbildung“.

Die Perspektive aus dem letzten Fachgespräch vom 26.05.2021 aufgreifend, wird die Fachgesprächsreihe mit einem erweiterten Kreis fortgesetzt.

Diesmal stand die Frage im Vordergrund, wie Angebote der politischen Grundbildung Teilhabegerechtigkeit fördern und welche Entwicklungsbedarfe hierzu identifiziert werden können: Welche Rahmenbedingungen und Strukturen existieren in NRW? Sind alle relevanten Schlüsselakteure am Tisch? Wer sind die Adressat*innen vorhandener Angebote und wie werden sie erreicht?

Termin: 30.03.2023, 9:30 bis 13:00 Uhr; IHK-Forum, Karlstraße 88, 40210 Düsseldorf



(Teilnehmer*innen des Fachgesprächs nach Abschluss und einem gemeinsamen Mittagessen)

Das sechste Fachgespräch führte die Reihe der Politischen Fachgespräche zwar fort, jedoch unter geänderten Vorzeichen: Während die bisherige Veranstaltungsreihe über das Teilprojekt BasisKomPlus von Arbeit und Leben NRW zustande kam, stimmte sich der Landesverband der Volkshochschulen in NRW mit Arbeit und Leben NRW ab, um die Politischen Fachgespräche von nun an gemeinsam und ohne unmittelbare Projektanbindung fortzuführen. Dabei soll die Hauptverantwortlichkeit für die Organisation und Durchführung der Fachgespräche zwischen den beiden Trägern wechseln. Mit dem sechsten Fachgespräch startete nun diese Kooperation, diesmal unter Federführung des Landesverbands der Volkshochschulen NRW.

Das Fachgespräch war eigentlich bereits für den 09. November 2022 angesetzt worden, musste jedoch kurzfristig krankheitsbedingt verschoben werden, sodass wir umso glücklicher waren, es nun zeitnah nachgeholt haben zu können.

Nach einer Begrüßung durch Sladjena Batinic vom Landesverband der Volkshochschulen NRW sowie Patrick Körner von Arbeit und Leben NRW begann das Fachgespräch mit einer kurzen Vorstellungsrunde der Anwesenden, die zudem gebeten wurden, bis zu drei Begriffe zu nennen, die ihnen zum Thema „Teilhabeberechtigung“ in den Sinn kamen. Diese Nennungen wurden mittels einer Wortwolke dokumentiert:



(Wortwolke mit Nennungen der Teilnehmer*innen zum Thema „Teilhabeberechtigung“)

In den folgenden Grußworten von Arne Cremer (Landesverband der Volkshochschulen in NRW) und Dr. David Mintert (Arbeit und Leben NRW) wurde hervorgehoben, wie zentral sowohl die Themen der Politischen Grundbildung als auch der institutionellen Verzahnung der Träger entsprechender Grundbildungsformate sind. Zur Verdeutlichung wurden Brücken zu aktuellen Beispielen mangelnder Teilhabe geschlagen (etwa mit dem Verweis auf das Ausmaß an Nichtwähler*innen) und auf die Ziele und Rahmenbedingungen des derzeitigen Koalitionsvertrags der NRW-Landesregierung („Zukunftsvertrag“) eingegangen.

Input

'Political capabilities' oder: Wie Demokratie, (politische) Grundbildung und Teilhabegerechtigkeit zusammenhängen

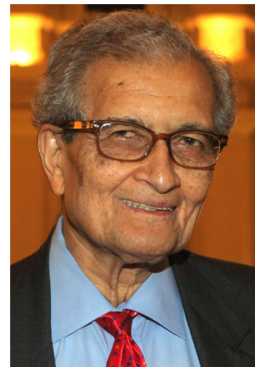
Dr. Thomas Theurer (Universität zu Köln; Koordinator des NRW-Forschungsnetzwerks Grundbildung und Alphabetisierung)

Den zentralen Input des Fachgesprächs steuerte Dr. Thomas Theurer von der Universität zu Köln als Koordinator des NRW-Forschungsnetzwerks Grundbildung und Alphabetisierung bei. Der Vortrag nutzte den Problemaufriss über ambig-uneindeutige Begriffe und Problemfelder im Kontext von Politischer Bildung und Grundbildung mit besonderem Blick auf Phänomene des Misstrauens, der Passivität und des Extremismus, um Ziele und Methoden Politischer Grundbildung sehr grundlegend vor dem Hintergrund der Förderung von Teilhabegerechtigkeit zu diskutieren. Dabei wurden auch immer wieder Brücken zur Empirie und den LEO-Studien geschlagen.

Der Vortrag zielte vor allem auf einen differenzierenden Ansatz ab: Die Begriffs- und Problemfelder Politischer Grundbildung wurden analytisch zergliedert und den Anwesenden in diesem Zuge eine Problematisierung gängiger und mitunter allzu unkritisch verwendeter Konzepte nähergebracht, so etwa des Begriffs der bloßen Chancengleichheit, der anspruchsvollere Zielstellungen der Förderung von Teilhabegerechtigkeit nicht erfüllen könne. Zur Kontrastierung und zur Eröffnung konstruktiver Zielperspektiven führte Dr. Theurer einige alternative Ansätze ein, etwa den für den Vortragstitel namensgebenden „Capability Approach“.

Grundzüge des Capability Approach (CA)

- Kritik an der Idee der Verteilungsgerechtigkeit:
Es geht nicht allein um (objektiv) gleiche Chancen / Grundfreiheiten für alle, sondern um die Möglichkeit, ein subjektiv als gelungen empfundenenes Leben zu verwirklichen.
- „Verwirklichungschancen“ ergeben sich aus internem Vermögen und externen Bedingungen
- Capability = Befähigung, Zustände zu erreichen und Aktivitäten umzusetzen, „die zu schätzen man Gründe hat“ (Sen, 2000, S. 30)
- Menschen besitzen individuelle *Anlagen*, werden aber erst durch äußere Einflüsse „befähigt“



Amartya Sen. Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Mitbegründer des Human Development Indexes (HDI) und Entwickler des capability approach.



Professur Erwachsenen-/Weiterbildung | Humanwissenschaftliche Fakultät | Dr. Thomas Theurer | 13.04.2023

(Folie zur Einführung des „Capability Approach“ aus der Präsentation von Dr. Thomas Theurer)

Zum Ende des Vortrags griff Dr. Theurer die Zielstellungen politischer Bildung und politischer Grundbildung nochmals fundamental auf und stellte verschiedene Verständnisse von Demokratie gegeneinander, die ihrerseits auch unterschiedliche Perspektiven der Teilhabe und ihrer Förderung mit sich bringen. Etwas provokativ wurde hierbei nicht nur die Frage aufgeworfen, zu welchen Formen der Teilhabe die Adressat*innen Politischer Grundbildung überhaupt befähigt und motiviert werden sollten, sondern auch zu gesellschaftskritischen Weiterentwicklungen des Status Quo und zur Öffnung des begrenzten Feldes institutionalisierter Politik zu weitergehenden Feldern des Politischen und informellen demokratischen Beteiligungen.

Die Power Point-Präsentation des Vortrags finden Sie in der Anlage zum Ergebnisprotokoll.

Diskussion in der Expert*innenrunde

Die anschließende Diskussion verfolgte vor allem Fragen nach Ausbaubedarfen der Förderung von Teilhabe- und Weiterbildungsgerechtigkeit mittels Politischer Grundbildung, hierzu bereits vorhandenen Kompetenzen der beteiligten Institutionen sowie der bestehenden und weitergehend nötigen politischen Rahmenbedingungen. Hierbei wurde auch immer wieder die an den Input von Dr. Theurer anknüpfende Frage nach den Zielen Politischer Grundbildung aufgeworfen. Die diskutierten Themen und Thesen können in folgende Kategorien eingeordnet werden:

Rahmenbedingungen der Weiterbildungslandschaft

- (1) Das novellierte Weiterbildungsgesetz ermöglicht neue Angebotsformen, die dementsprechend ausprobiert werden sollten, wozu es mitunter nötig sein muss, ausgetretene Wege zu verlassen und zu experimentieren.
- (2) Angebotsplanungen vor dem Hintergrund bestehender struktureller Handlungsspielräume gruppieren sich zentral um BAMF-Kurse, den VHS-Programmbereich *Politik und Gesellschaft*, um stadtteilorientierte Grundbildung, sowie die Entwicklung neuer Formate der politischen Bildung und der demokratischen Diskurskultur (Demokratiewerkstätten), die einen sozialraumorientierten Ansatz besitzen und an Beteiligung, Teilhabe und Ehrenamt geknüpft sind, sowie aufsuchende Bildungsangebote.
- (3) Die Programmbereichslogik der Volkshochschulen erweist sich für das Gebiet Politischer Grundbildung oftmals als zu starr.
- (4) Eine Herausforderung stellt die Erweiterung des Spektrums an Bildungsthemen (nämlich eben auch konkret politischer Art) für Adressat*innen mit Migrationshintergrund dar, wenn es keine entsprechende Förderung von Seiten des BAMF hierfür gibt.
- (5) Die Nachhaltigkeit der Förderung und Finanzierung von Grundbildungsangeboten im Allgemeinen und Formaten Politischer Grundbildung im Speziellen lässt weiterhin zu wünschen übrig – um die an die gestellten Aufgaben zu erfüllen, benötigen diese Bildungsbereiche eine zuverlässige und auf Dauer gestellte Finanzierung.

Angebotsstrukturen und -formate

- (1) Die Reflektion über die Zielstellungen Politischer Grundbildung ist ein Dauerthema; zugleich sind durchaus multiple Zielsetzungen mit unterschiedlichen Ansätzen nahe liegend, was zu mitunter ganz unterschiedlichen Angeboten führen kann.
- (2) Träger, Projekte und Angebote, die zu Wort kamen oder positiv erwähnt wurden, sind etwa die Volkshochschulen in Bochum, Duisburg und Gelsenkirchen, die Landeszentrale für Politische Bildung, das Projekt *Innenstadt Inklusiv* als Veranstaltungsreihe mit verschiedenen Erkundungstouren, sowie die Demokratiewerkstätten im Quartier, von denen zehn in NRW existieren und die auch Planspiele für Schüler*innen anbieten, etwa zum Thema Grundsätze der Demokratie (mit knapp 40 Umsetzungen im Jahr).
- (3) Hervorgehoben wurden aufsuchende und stadtteilorientierte Ansätze, die auch vor Ort Bedarfe ermitteln und den Adressat*innen individuelle Bildungsangebote machen können. Die aufsuchende Arbeit sollte dabei nicht nur als Vehikel verstanden werden, um Adressat*innen zu erreichen, sondern auch als Möglichkeit, gemeinsam im Dialog neue, interessens- und bedarfsspezifische Angebote zu entwickeln.

- (4) Gute Erfahrungen wurden in der Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen gesammelt, um sowohl Inhalte und Themen Politischer Grundbildungsarbeit zu identifizieren, als auch Zugänge zu Zielgruppen zu erhalten.
- (5) Ebenfalls von Vorteil sind Kooperationen vor Ort mit sozialarbeiterischen Einrichtungen und etwa der Lebenshilfe.
- (6) Nicht zu unterschätzen ist der motivationale Einfluss durch Selbstwirksamkeitserfahrungen in Beteiligungskontexten in Schule, Studium und Ausbildung (Kinderparlamente, Studierendenparlamente, etc.).
- (7) Wichtige vorhandene Multiplikator*innen zwischen den Volkshochschulen sowie den Projekten (wie etwa BasisKomNet oder dem Projekt Sozialpartner für Grundbildung NRW), sind die Kursleitenden an den Volkshochschulen, die mitunter gut vernetzt sind und sowohl (über die Projekte) Zugänge in Betriebe besitzen und somit relevante betriebliche Rahmenbedingungen kennen, als auch in der Lage sind, politische Themen aus dem Alltag in ihre Grundbildungsformate einzuweben.

Zielgruppenorientierung

- (1) Kein Zielhorizont ist für alle Zielgruppen gleich. Insofern muss der Heterogenität der adressierten Zielgruppen auch in den Zielstellungen Rechnung getragen werden.
- (2) Die Frage, welche Zielgruppen ein eigenes Format eigentlich im Besonderen erreichen soll, muss stets aufs Neue gestellt und sollte explizit formuliert werden (etwa Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen mit formal geringer Qualifizierung, etc.).
- (3) Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig es ist, die expliziten Interessen und Bedarfe der adressierten Zielgruppen Politischer Grundbildung in den Vordergrund zu stellen, um diese erreichen und motivieren zu können. Die Anerkennung eigener Interessen und Bedarfe kann auch überhaupt erst Diskurse auf Augenhöhe herstellen und zeugt von Wertschätzung der Adressat*innen.
- (4) Um überhaupt ins Gespräch zu kommen, sind die persönlichen Themen der adressierten Zielgruppen wichtig. Im Anschluss können dann auch klassische Themen der Politischen Bildung angedockt werden.
- (5) Ein sinnvoller Schwerpunkt der praktischen zielgruppenorientierten Arbeit, der jedoch bislang meist zu stiefmütterlich behandelt wird und deshalb gefördert werden sollte, ist *Family Literacy*.
- (6) Mitunter dreht sich Politische Bildung und auch Politische Grundbildung sehr um die Beteiligung bei demokratischen Wahlen – doch da nicht alle Adressat*innen über die dt. Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht verfügen, müssen für diese Zielgruppen andere Perspektiven demokratischen Engagements gefunden werden.
- (7) Immer wieder hervorgehoben wurde die Relevanz aufsuchender Bildungsarbeit und dementsprechend die Wichtigkeit Politischer Grundbildung im Quartier, so auch etwa im Rahmen der Demokratiewerkstätten, sowie im Sozialraum Betrieb.
- (8) Mitunter lassen sich Brücken zu den Adressat*innen über bereits vorhandene Zugänge bauen (etwa über religiöse Institutionen oder über Sportvereine).
- (9) Es zeigt sich immer wieder und sollte auch konstruktiv genutzt werden, dass Bildungsarbeit auch Bindungsarbeit ist.

- (10) Die Inhalte Politischer Grundbildungsformate sind zwar notgedrungen immer wieder Querschnittsthemen (insbesondere in der Praxis der Vermittlung), doch sollte ihnen auch ein eigener systemischer Raum zugestanden werden – sprich explizite Formate Politischer Grundbildung. Diese können auch für explizit gesellschaftskritische und sogar demokratichekritische Aushandlungsdiskurse genutzt werden, für die es ansonsten keine institutionellen Räume für die meisten Zielgruppen gibt.
- (11) Um die adressierten Zielgruppen erreichen zu können (etwa im Betrieb), sind institutionelle Kooperationen notwendig.

Entwicklungsbedarfe

- (1) Insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Koalitionsvertrags der Landesregierung NRW ist die kooperative Entwicklung von Formaten ein Raum, den die beteiligten Institutionen wahrnehmen sollten.
- (2) Mitzudenken ist stets die Förderung von Inklusion.
- (3) Wünschenswert wäre, die Thematisierung politischer Inhalte auch in beruflichen Schulen als Querschnittsaufgabe zu begreifen und entsprechende Fortbildungen für die dort tätigen Lehrkräfte auszubauen.
- (4) Viele Projekte und Arbeitsbereiche in den Feldern Grundbildung und Politische Grundbildung arbeiten parallel, ohne ihre Erkenntnisse zu teilen oder Synergien zu nutzen. Obwohl es bereits Austauschplattformen gibt, werden diese in der Fläche insgesamt zu wenig genutzt, weshalb es angebracht wäre, die wesentlichen Projekte und Träger der entsprechenden Bildungslandschaft systematisch und regelmäßig zusammen zu bringen, um ihre Arbeiten gemeinsam zu koordinieren.
- (5) Die Programmbereichsstruktur der Volkshochschulen sind teilweise zu eng, um passgenaue Politische Grundbildungsangebote zu erlauben, weshalb es für die Volkshochschulen neben verstärkter Kooperation mit anderen Einrichtungen auch sinnvoll wäre, die starren Grenzen der Programmbereichsstrukturen mittels Organisationsentwicklungsansätzen aufzuweichen und hierdurch ein flexibleres Eingehen auf die Zielgruppen und ihre Bedarfe sowie die strukturellen Unterschiede zwischen städtischen und ländlicheren Regionen zu erlauben.
- (6) Da persönliche Kontakte häufig die wichtigste Scharnierfunktion sind, um Adressat*innen Politischer Grundbildung zu erreichen und auch binden zu können, ergibt sich verstärkt der Bedarf an Kooperationen – nicht nur auf der generellen Ebene der Abstimmung gemeinsamer Vorhaben, sondern auch des Tagesgeschäfts.
- (7) Um die Landschaft der Grundbildungs-Trainer*innen ist es in NRW vor allem seit der Pandemie nicht gut bestellt, dabei sind diese Trainer*innen wichtige Akteure und Multiplikator*innen auch Politischer Grundbildungsarbeit. Die Ausbildung und dauerhaft auskömmliche Anstellung dieser Trainer*innen zu fördern, ist dementsprechend auch im Interesse der Förderung Politischer Grundbildung.
- (8) Anstatt auf Print- und Videoformate zu setzen, die die Adressat*innen nur schwerlich erreichen, sollte der Fokus auf Social-Medie-Angebote in der Politischen Grundbildung ausgebaut werden.
- (9) Mitunter bietet sich eine engere institutionelle Verzahnung mit den Schulen und der schulischen Politischen Bildung an.
- (10) Aufgrund der bereits erwähnten Zielgruppenorientierung sollten stadtteil- und sozialraumorientierte Projekte und Formate Politischer Grundbildung besonders gefördert werden, so etwa auch die Demokratiewerkstätten.

Ausblick

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Kurzfazit und ein Ausblick von Arne Cremer und Dr. David Mintert:

Ein immer wiederkehrendes Thema, das wir deshalb auch weiterverfolgen wollen, ist der schwierige Zugang zu den adressierten Zielgruppen. Hierzu sind praktische und konkrete Ansätze zu entwickeln; als aussichtsreich erweist sich außerdem die Nutzung von Synergien durch institutionelle Kooperation (etwa zwischen den Volkshochschulen einerseits und denjenigen Trägern, die Zugänge in Betriebe besitzen, andererseits).

Um die im Laufe der Veranstaltung immer wieder angemahnte engere Verzahnung und Kooperation der Träger und Projekte in der Fläche Politischer Grundbildungsangebote ernst zu nehmen und konstruktiv aufzuheben, planen wir, im Rahmen eines der nächsten Fachgespräche die mehrfach thematisierten Demokratiewerkstätten in NRW zu einem Austausch zusammen zu bringen.

Unsere Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt: Das siebte Fachgespräch Grundbildung und Politische Bildung wird wiederum in Kooperation des Landesverbands der Volkshochschulen in NRW sowie Arbeit und Leben NRW organisiert und soll im Herbst 2023 stattfinden. Hierzu wird dann wieder Arbeit und Leben NRW einladen.

Für das Protokoll

Sladjena Batinic (Landesverband der Volkshochschulen in NRW)

Patrick Körner (Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V.)

